

## Beschluss Für eine starke Gesellschaft mit Zukunft: Kein Rotstift bei Naturschutz, Klima und gesellschaftlichem Zusammenhalt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 25.10.2025

Tagesordnungspunkt: 4 Leitantrag

### Antragstext

Die kommenden Jahre entscheiden, ob Thüringen die Grundlagen für eine gerechte, klimaneutrale Zukunft schafft – oder abgehängt wird. Die kommenden Jahre entscheiden auch, ob wir in Thüringen als Gesellschaft zusammen wachsen und zusammen halten, um den Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam begegnen können – sei es Klimakrise, Artensterben, demografischer Wandel, zunehmende soziale Ungerechtigkeit oder ein immer weiter erstarkender Rechtsruck, der nicht nur von den Rändern, sondern längst aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Jetzt werden die Weichen gestellt für ein ökologisch, soziales und demokratisch gestaltetes Thüringen, das wirtschaftlich stark ist, und handlungsfähig bleibt, in Menschen investiert und allen eine gute Perspektive und sicheres Leben bietet. Der Doppelhaushalt 2026/27 der Brombeere ist dabei das deutlichste Signal, welche Zukunft die aktuelle Regierung für Thüringen vorsieht. Statt Zukunft zu finanzieren, setzt die Brombeerkoalition in ihrem Entwurf auf Kürzungen bei Natur- und Klimaschutz, Sozialem, Integration oder Kultur und verpasst so die Chance, das Land fit für die 2030er Jahre zu machen. Anstatt die Grundlage für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein friedliches Miteinander zu legen, setzt auch sie auf eine Politik der Spaltung.

Es ist eine der politischen Gretchenfragen unserer Zeit, wie sich Parteien gegenüber Veränderungen aufstellen. Während rechts-konservative Kräfte den Menschen vorgaukeln, ein Beharren auf altbekannten Mustern und ein zurück ins Gestern wäre möglich, ist für uns klar: ohne Veränderung wird es nicht gehen. Entscheidend ist jedoch, die Angst vor dem Wandel zu nehmen, dafür zu sorgen, dass niemand zurückgelassen wird und eine vielversprechende Zukunft für alle zu schaffen.

Diese Veränderungen kosten Mut, aber sie sind unumgänglich. Stimmungsmache gegen erneuerbare Energien, gegen Zuwanderung und gesellschaftliche Vielfalt, gegen Klimaschutz und eine solidarische Gesellschaft helfen nicht, die anstehenden Probleme zu bewältigen. Diese Stimmungsmache schadet Thüringen, bestärkt sie doch zum Beispiel den Fachkräftemangel, der in vielen kleinen und mittleren Unternehmen, Krankenhäusern und Schulen, schon zu spüren ist. Und während konservative Politik noch dabei ist, das Gestern zu feiern, droht unser Land den Anschluss zu verlieren. So steht unsere Gesellschaft vor einer noch tieferen Spaltung: zwischen jenen, die bereit sind für Veränderung und daraus Nutzen ziehen können, und jenen, die Angst davor haben und Gefahr laufen, zurückzubleiben.

Um dieser Spaltung etwas entgegenzusetzen, müssen wir jetzt neue Bündnisse schmieden, mit Menschen in ganz Thüringen ins Gespräch kommen und immer wieder darauf drängen, jetzt entschlossen anzupacken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen wollen zeigen, dass ein Land möglich ist, das mutig handelt, zusammenführt und in die Zukunft investiert, statt sie zu verspielen. Es braucht starke Stimmen,

41 die sich vor den wichtigsten Fragen unserer Zeit nicht wegduckten, sondern sie  
42 auf die politische Agenda holen und anpacken.

43 Artenvielfalt erhalten, Lebensgrundlagen schützen

44 Nicht nur die Klimakrise stellt unsere Gesellschaft vor ungeahnte  
45 Herausforderungen – das Artensterben hat mindestens ebenso große negative  
46 Auswirkung auf unsere Welt. Inzwischen wurden sieben von neun planetaren Grenzen  
47 überschritten – darunter Verlust der Biosphäre, Landnutzungswandel und chemische  
48 Verschmutzung. Die Stabilität von Ökosystemen weltweit ist bedroht, mit direkten  
49 Folgen für Ernährungssicherheit, Gesundheit und Wirtschaft. Diese Krise zeigt  
50 sich auch bei uns: Wälder sterben, Arten verschwinden, Landschaften verlieren  
51 ihre Vielfalt.

52 Unsere Thüringer Kulturlandschaft verdankt ihren Erhalt dem Engagement  
53 zahlreicher Naturschutzverbände: Sie entbuschen Trockenrasen, mähen Bergwiesen,  
54 errichten Krötenzäune und sichern Lebensräume. Unter bündnisgrüner Führung  
55 wurden mit einem dichten Netz an Natura-2000-Stationen und der Etablierung des  
56 Grünen Bandes als nationales Naturmonument bundesweit Maßstäbe gesetzt. Dass der  
57 BSW-Umweltminister nun gerade hier kürzt, zeigt, dass weder die leidvolle  
58 Geschichte der deutschen Teilung noch der Erhalt unserer Lebensgrundlagen für  
59 diese Landesregierung Bedeutung haben. Statt Verantwortung zu übernehmen,  
60 verweist sie auf Bund oder Ehrenamt und zerstört so Vertrauen und lang  
61 gewachsene Bündnisse zwischen Regierung und Verbänden.

62 Wir BÜNDNISGRÜNEN stehen an der Seite der Naturschutzverbände. Naturschutz ist  
63 keine freiwillige Leistung, sondern Pflichtaufgabe. Thüringen braucht eine  
64 gesicherte Finanzierung des Naturschutzes und deutlich höhere Zuschüsse in den  
65 kommenden Jahren. In Zeiten der Biodiversitätskrise, in der Arten schneller  
66 verschwinden als je zuvor, muss der Schutz unserer Lebensgrundlagen endlich zur  
67 politischen Priorität werden, gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Verbänden und  
68 Wissenschaft.

69 Kommunen unterstützen, Klimaschutz ermöglichen

70 Um unsere Lebensgrundlagen zu schützen, braucht es auch konsequenten  
71 Klimaschutz. Thüringen ist eines der am stärksten von der Klimakrise betroffenen  
72 Bundesländer: Hitze, Dürre und Starkregen wechseln sich hier in beispielloser  
73 Geschwindigkeit ab. Auch die wirtschaftlichen Folgen sind für unseren Freistaat  
74 enorm: Ernteauffälle, Waldschäden und Hochwasserkosten treffen Land, Kommunen,  
75 Landwirt\*innen und Unternehmen gleichermaßen. Darum muss Thüringen zum Land mit  
76 den höchsten Ausgaben für Klimaschutz und Klimaanpassung pro Kopf werden - im  
77 eigenen Interesse und aus unserer globalen Verantwortung.

78 Konsequenter Klimaschutz eröffnet für Thüringen zugleich große Chancen:  
79 Investitionen in erneuerbare Energien, eine nachhaltige Wärmeversorgung,  
80 zukunftsorientierte Mobilität und digitale Infrastruktur schaffen Wertschöpfung  
81 und sichern Arbeitsplätze. Hier richtig investiertes Geld rentiert sich und  
82 trägt zur kommunalen Finanzierung und Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen bei.  
83 Jeder Euro, der in Gebäudesanierung, Solarenergie oder klimafreundliche  
84 Mobilität fließt, senkt zukünftige Folgekosten und stärkt regionale Betriebe.  
85 Unter bündnisgrüner Führung haben Programme wie Klima Invest und der Klimapakt  
86 Kommunen befähigt, selbst Klimaschutz zu betreiben – von LED-Straßenbeleuchtung  
87 über Trinkbrunnen bis zu Solaranlagen auf Schulen. Mit der Streichung von Klima

88 Invest und der Reduzierung des Klimapakts auf das Nötigste legt die  
89 Brombeerkolalition Klimaschutz und -anpassung auf Eis und betreibt damit eine  
90 Politik von Gestern mit fatalen Folgen. Damit macht die Landesregierung  
91 unmissverständlich deutlich: Ihr ist es gleichgültig, dass fehlender Klimaschutz  
92 unserer Gesellschaft teuer zu stehen kommt und insbesondere die Schwächsten am  
93 stärksten darunter leiden.

94 Stattdessen lässt die Brombeere die Kommunen mit den steigenden Kosten allein,  
95 mit ernsten Folgen: Klimaschutzmanager\*innen werden gestrichen, wichtige  
96 Projekte wie energetische Sanierungen oder Radwege werden verschoben. Wenn Land  
97 und Bund Kommunen finanziell im Stich lassen und damit handlungsunfähig machen,  
98 verfallen öffentliche Räume und wächst der Frust über eine Politik, die  
99 Verantwortung nicht sieht oder abwälzt.

100 Wir fordern deshalb: Mindestens 50 Millionen Euro jährlich für kommunale  
101 Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen. Denn Klimaschutz wird vor Ort erlebbar –  
102 durch Bäume auf überhitzten Plätzen, Sonnensegel über Spielplätzen, eine dichte  
103 Bus-Taktung oder sanierte Dorfgemeinschaftshäusern.

104 Klimaschutz, der gezielt entlastet

105 Eine Politik, die Benachteiligungen nicht ausgleicht und Lasten nicht gerecht  
106 verteilt, sorgt für Enttäuschung und Politikverdrossenheit bei Bürger\*innen.  
107 Statt gegen Wärmewende, erneuerbare Energien und Klimaschutz Stimmung zu machen,  
108 sollten Landes- und Bundesregierung lieber den Mut haben, für gesellschaftliche  
109 Veränderungen einzustehen und diese endlich sozial gerecht zu gestalten. Es  
110 mutet geradezu grotesk an, dass immer wieder Menschen, deren Einkommen kaum zum  
111 Leben reicht, als Ausrede gegen wirksamen Klimaschutz herhalten müssen. Sind es  
112 doch gerade sie, die am stärksten unter den Folgen der Klimakrise leiden. Sie  
113 spüren die steigenden Mietnebenkosten und Wärmepreise am meisten. Sie können den  
114 Preisanstieg für das Deutschlandticket nicht mehr aufbringen. Sie wohnen  
115 häufiger an den stark befahrenen Straßen und werden krank von Lärm und Abgasen.  
116 Deshalb können gerade Menschen mit wenig Geld auch am meisten von gut gemachtem  
117 Klimaschutz profitieren. Wir wollen gezielt diejenigen entlasten, die am  
118 wenigsten haben. Im Landeshaushalt finden sich dazu zu wenig Maßnahmen. Dabei  
119 liegt es auf der Hand: finanzielle Unterstützung für Kommunen für Umrüstung auf  
120 erneuerbare Wärme; Förderprogramme für energetische Sanierungen von Wohnungen,  
121 sodass Mietsteigerungen ausbleiben; ein bezahlbares Angebot von Bus und Bahn im  
122 ganzen Land; eine spürbare Energiewende durch ein Förderprogramm für  
123 Balkonkraftwerke für Haushalte mit geringem Einkommen. Das sind gute Beispiele  
124 für eine gerechte Klimapolitik, die ökologisch wie sozial wirkt und alle  
125 mitnimmt.

126 Der Brombeere dagegen scheint eine sozial gerechte Politik egal zu sein, wenn  
127 beispielsweise der beliebte Reparaturbonus gestrichen wird. Mit dem  
128 unkomplizierten Zuschuss wurden Reparaturen auch für Menschen mit kleinem  
129 Geldbeutel erschwinglich. So konnten tausende Geräte erhalten und Elektroschrott  
130 vermieden werden. Dass dieser vergleichsweise kleine Topf nun aus angeblichem  
131 Sparzwang gestrichen werden soll, ist absurd und unglaubwürdig. Thüringen hatte  
132 dank bündnisgrüner Regierungsbeteiligung eine bundesweite Vorreiterrolle. Nun  
133 begeht die Landesregierung Sabotage an den Menschen in Thüringen. Wir fordern  
134 den Erhalt des Reparaturbonus mit 1 Million Euro pro Jahr!

135 Solidarität statt Spaltung

136 Für uns ist klar: die Antwort auf die steigende soziale Kluft ist eine  
137 solidarische Politik. Stattdessen erleben wir bundesweit, auch in Thüringen, wie  
138 gegen den Sozialstaat Stimmung gemacht und damit gesellschaftliche Spaltung  
139 gezielt befeuert wird. Sozialleistungen, die gerade so das Überleben sichern,  
140 werden verteufelt. Teilhabe wird zum Luxus, während über Kürzungen beim  
141 Existenzminimum oder Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger\*innen diskutiert  
142 wird. Die Brombeere, aber auch die Bundesregierung setzen dabei ebenfalls auf  
143 Spaltung: mit Sozialkürzungen und Law-and-Order-Politik. Über die eigentliche  
144 Probleme wird dadurch nicht diskutiert, beispielsweise dass Kommunen mit  
145 steigenden Sozialkosten allein gelassen werden und immer häufiger mit Kürzungen  
146 bei den freiwilligen Leistungen reagieren müssen. Dabei machen gerade  
147 Investitionen in Kunst, Kultur, Sport oder neue Grünflächen das Leben vor Ort  
148 lebenswert.

149 Wer Menschen ihre existentiellen Grundlagen entzieht, treibt sie gegeneinander.  
150 Wer Ängste nur mit Härte beantwortet, zerstört Vertrauen. Besonders gefährlich  
151 ist das bewusste Gegeneinander-Ausspielen von Bevölkerungsgruppen: Migrant\*innen  
152 gegen Erwerbslose, Arbeitslose gegen Geringverdienende, queere Menschen gegen  
153 religiöse Gruppen, jung gegen alt, Stadt gegen Land. So entsteht Misstrauen  
154 statt Miteinander.

155 Dabei muss es das Ziel sein, genau dieses Miteinander zu fördern. Denn Thüringen  
156 lebt von den Menschen, die sich täglich einbringen: im Sprachunterricht für  
157 Geflüchtete, bei Initiativen für mehr Grün oder beim lokalen CSD. Unser  
158 Zusammenleben funktioniert oft nur durch das

159 Engagement Einzelner. Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement sind keine  
160 Freizeitgestaltung, sondern das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie stiften  
161 Vertrauen, schaffen Zusammenhalt, sichern Teilhabe und eine solidarische  
162 Zukunft. Damit das gelingt, brauchen sie verlässliche Finanzierung und eine  
163 Anerkennung als echte Partner der Politik.

164 Die von der CDU gelobte „Ehrenamtsförderung“ hilft dabei nicht: Sie ist  
165 intransparent, verteilt Gelder nach Gutdünken und schafft keine dauerhafte  
166 Strukturen. Wer zivilgesellschaftliches Engagement wirklich stärken will, muss  
167 auch hauptamtliche Personalstellen finanzieren. Ehrenamt braucht professionelle  
168 Begleitung – sonst bleibt es Alibi.

169 Für die Zukunft sind wir nur gemeinsam gewappnet. Gesellschaftliche Teilhabe für  
170 alle Menschen ermöglichen, Vielfalt sichtbar machen und diejenigen unterstützen,  
171 die Haltung zeigen – das ist die Basis einer lebendigen Demokratie und unseres  
172 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Initiativen wie ezra, mobit, das IDZ oder das  
173 Netzwerk Demokratiebildung leisten hierfür unverzichtbare Arbeit in Form von  
174 Beratung, Analyse und Bildung. Doch der Landeshaushalt setzt auch hier falsche  
175 Prioritäten: Fördermittel für zivilgesellschaftliche Projekte halten mit den  
176 Bedarfen nicht Schritt, Strukturen drohen wegzubrechen. Statt

177 Zuverlässigkeit gibt es befristete Projekte und dadurch Unsicherheit. Darum  
178 fordern wir ein Demokratiefördergesetz und den Ausbau der Fördertöpfe.  
179 Kurzfristig müssen die Mittel für das Landesprogramm Demokratie, Toleranz und  
180 Weltoffenheit auf 7 Millionen Euro steigen.

181 Auch die Kürzungen im Bereich gesellschaftliche Vielfalt, Antidiskriminierung  
182 sowie Integration sind der falsche Weg. Anlaufstellen wie das Queere Zentrum

183 Erfurt oder Integrationsprojekte für Geflüchtete haben unschätzbare Bedeutung  
184 und leisten enormes, damit alle Menschen eine Chance haben, Teil unserer  
185 Gesellschaft zu sein und keine Ausgrenzung zu erfahren. Diese und viele andere  
186 Projekte sind jetzt von einem Kahlschlag bedroht. Dabei braucht es jetzt mehr  
187 Einsatz für eine offene Gesellschaft, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu  
188 stärken. Denn die Qualität einer Demokratie bemisst sich auch daran, wie sie  
189 ihre Minderheiten und vulnerablen Gruppen schützt. Daher fordern wir eine  
190 Rücknahme der Kürzungen und eine Aufstockung der Fördertöpfe.

191 Doch das allein reicht nicht. Zusammenhalt braucht Verständnis, die nur durch  
192 Begegnung entstehen kann. Menschen, die sonst wenig miteinander zu tun haben,  
193 brauchen Gelegenheiten, um zusammenzukommen. Thüringen braucht eine Offensive  
194 für Begegnungsorte - damit in ganz Thüringen mehr Dorfgemeinschaftshäuser,  
195 Stadtteilbüros,

196 Mehrgenerationenhäuser und selbstverwaltete Räumlichkeiten für  
197 zivilgesellschaftliche Initiativen entstehen, mit verlässlicher und  
198 niedrigschwelliger Förderung. So stärken wir den Zusammenhalt durch Begegnung  
199 und Austausch, wirken Vereinzelung und Einsamkeit entgegen.

200 Investitionen in die Zukunft und Zusammenhalt

201 Die anstehenden Veränderungen schaffen wir nur mit starkem gesellschaftlichen  
202 Zusammenhalt. Dafür müssen wir Spaltung überwinden und Solidarität zur Leitlinie  
203 aller Politik machen. Nur dann können wir dem Artensterben und der Klimakrise  
204 etwas entgegensetzen und unser Land fit für die Zukunft machen. Das muss sich  
205 auch im neuen Landeshaushalt zeigen: Es kommt darauf an, Perspektiven zu  
206 eröffnen und den Menschen in Thüringen Planbarkeit zu geben. Werden  
207 Zukunftsaufgaben gestrichen, wächst Politikverdrossenheit und profitieren jene,  
208 die den Staat schwächen wollen.

209 Wir BÜNDNISGRÜNEN Thüringen fordern eine vorausschauende, gerechte Politik und  
210 einen Haushalt, der dies widerspiegelt: mit Mitteln zum Erhalt der  
211 Artenvielfalt, für Klimaschutz und Anpassung, für Schulen, Kindergärten und  
212 Jugend, für Energiewende, klimaneutrale Wirtschaft, öffentliche Räume und  
213 Mobilität. So entstehen Innovation, regionale Wertschöpfung und Perspektiven,  
214 damit junge Menschen bleiben, weil sie gute Arbeit und Lebensqualität finden. So  
215 entsteht eine Politik, die Zusammenhalt stärkt, Vertrauen in Demokratie schafft  
216 und Zukunft eröffnet. Schulden sind dabei ein Werkzeug – wenn sie für echte  
217 Zukunftsinvestitionen genutzt werden.

218 Wir wollen ein Land, das Menschen zusammenbringt, Kommunen stärkt und gerecht  
219 vorangeht. Und wir laden ein, gemeinsam Druck zu machen, in Vereinen, Räten,  
220 Initiativen und Nachbarschaften. Damit bei der nächsten Wahl nicht das Gestern,  
221 sondern das Morgen entscheidet.